



## **Fraktion im Rat der Gemeinde Extertal**



Extertal, 18. August 2023

An die  
Gemeinde Extertal  
Herrn Bürgermeister Frank Meier  
- Rathaus -  
32699 Extertal-Bösingfeld

- **Offene Ganztagschule (OGS) Bösingfeld + OGS Silixen  
hier: Neu-/Erweiterungsbau und Sanierung**
- **Musikschule**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Meier,

der Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess zum Thema „OGS“ (Umsetzung des Rechtsanspruchs) wird nach unseren Informationen auf Landesebene in Kürze abgeschlossen sein. Auch, wenn es aus unserer Sicht ziemlich lange gedauert hat: Die Rahmenbedingungen stehen fest. Nunmehr ist die 2. Verwaltungsvereinbarung zwischen Land und Bund unterzeichnet und veröffentlicht worden. Die Förderrichtlinien zu Bau- und Sanierungsmaßnahmen wurden erarbeitet. Daher möchten wir unseren Antrag vom 6. Oktober 2021 wieder aufgreifen und zur Beratung vorlegen. Wir haben den Text leicht geändert und den aktuellen gesetzlichen Grundlagen angepasst. Wir bitten Sie, die Diskussion zu beginnen.

Der Rat möge beschließen:

Nachdem die Rahmenbedingungen (Ausführungsbestimmungen / Förderrichtlinien) feststehen, wird demnächst mit dem Meinungsbildungsprozess zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen OGS-Platz begonnen. Der gesamte Beratungs-Komplex „OGS Bösingfeld / Silixen und Musikschule“ sollte in die zuständigen Fachgremien gegeben werden. Dies hat in einer Auftakt-Schwerpunktsitzung des Ausschusses für Generationen, Schule, Soziales und Sport zu erfolgen. Danach könnte für die weiteren politischen Beratungen ein Kompetenzteam gebildet werden. Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der OGS, der Lehrerschaft der Grundschulen, Dozentinnen und Dozenten der Musikschule, Elternschaft sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger sind an dem Meinungsbildungsprozess zu beteiligen.

### Begründung:

Eine gute und verlässliche Kinderbetreuung ist in der heutigen Zeit dringend geboten. Wir begrüßen von daher alle politischen Aktivitäten, die dieses Ziel unterstützen - sie sind ein wichtiger Faktor für mehr Familienfreundlichkeit in den Kommunen. Der beschlossene Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung soll eine Betreuungslücke schließen, die für viele Familien nach der Kita-Zeit entsteht. Als Fraktion befürworten wir eine gesetzliche Regelung in der Beziehung ausdrücklich. Sie korrespondiert ebenso mit unseren im letzten Jahr beschlossenen strategischen Handlungszielen.

Der Bundesgesetzgeber hatte das Thema seinerzeit aufgegriffen und Ende Juni 2021 im Deutschen Bundestag einen Beschluss zum Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder gefasst. Demnach soll ab 2026 aufsteigend zuerst der 1. Grundschuljahrgang in den Genuss des Rechtsanspruchs kommen. 2029 würde dann die gesetzliche Regelung für alle Kinder im Grundschulalter gelten.

Im Gesetzgebungsverfahren von 2021 hatten sich Bundestag und Bundesrat zu Fragen der Umsetzung und Finanzierung geeinigt. Es hat dann einige Zeit gedauert, bis Bund und Länder konkrete Rahmenbedingungen geschaffen haben.

In NRW ist kürzlich die 2. Verwaltungsvereinbarung unterzeichnet und veröffentlicht worden, die Förderrichtlinien wurden abgesegnet und sollen nach unserer Kenntnis demnächst bekannt gegeben werden. Die Kommunen sind dann in der Lage, den Rechtsanspruch entsprechend umzusetzen. Soweit uns bekannt, können dann zu dem Zeitpunkt Förderanträge über die Bezirksregierung gestellt werden.

Klar ist, dass in Extertal ein Handlungsbedarf besteht. In den letzten Jahren konnten nicht alle Kinder aufgenommen werden. Deswegen sind wir der Meinung, zeitnah mit den Beratungen und Planungen zu beginnen.

Auf die Gemeinde Extertal kommt ein umfangreicher Meinungsbildungsprozess mit weitreichenden Entscheidungen zu. Da gleichzeitig die Frage des Standortes der Extertaler Musikschule originär mit tangiert wird, muss dieses Thema in die Überlegungen einfließen.

Wir freuen uns auf den Start des Beratungsprozesses in unserer Gemeinde - trägt doch dieses Projekt zu einer zentralen familienpolitischen Attraktivität bei. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt möchten wir folgende aktuelle Positionen und erwünschte zentrale Kernthemen unserer Fraktion darlegen. Natürlich sind wir in dem Diskussionsprozess auch für andere Argumente und Entwicklungen offen.

1. Der Pavillon am Grundschulstandort Bösingfeld wird abgerissen. Auf dem Gelände entsteht ein Neubau, der Mensa und Gruppenräume für die OGS Bösingfeld integriert. Es ist ebenso zu **prüfen**, ob **alternativ** weitere Gruppenräume im Grundschulgebäude eingerichtet werden können.
2. Es hat sich als klarer Vorteil erwiesen, dass die Musikschule in der Nähe der Grundschule seit Jahren ihre Heimat gefunden hat. Das sollte so bleiben, denn viele Grundschüler besuchen nach dem Unterricht die Musikschule. Deswegen ist zu prüfen, ob sie in den Neubau integriert werden kann. Alternativ wäre eine Unterbringung in evtl. frei werdenden Räumlichkeiten im Grundschulgebäude in Erwägung zu ziehen. Auf jeden Fall müssen Schul- und Musikschulleitung in den Beratungsprozess einbezogen werden.
3. Für die OGS Silixen sind Räumlichkeiten in der Grundschule vorhanden und werden von Anbeginn genutzt. Im Grundschulbereich wurden in den letzten Jahren hohe Beträge für die Sanierung von Zeltdächern und Klassenräumen, die Digitalisierung sowie den Brandschutz investiert. Dies ist bisher im Gebäudeteil und den Räumlichkeiten der OGS nicht in dem Maße erfolgt. Eine Sanierung und Modernisierung der Dächer und Betreuungsräume ist darum gleichzeitig zu der Bösingfelder Maßnahme vorzunehmen. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Erneuerung der Sanitär-Anlagen auf den neuesten Stand zu richten.

4. Fördermittel für Investitions- **und** Betriebskosten für die OGS Bösingfeld und die OGS Silixen sind zu beantragen.
5. 2020 wurden etwas über 100.000 € an die Gemeinde gezahlt. In der Beratung bitten wir um Information, ob und wie das Geld bisher eingesetzt wurde und in welcher Höhe. Mit dem Geld sollten konkrete Planungen erarbeitet werden. Wir schlagen einen baldigen Beginn des Beratungsprozesses vor, da wir alle wissen, dass der Meinungsbildungs- und Planungsprozess einiges an Zeit in Anspruch nehmen wird. Positive Erfahrungen mit dem Förderprozess haben wir mit der frühzeitigen Erstellung unseres Medienentwicklungskonzeptes gemacht.

Der Rechtsanspruch wird - wie bereits ausgeführt - ab 2026 jährlich um je eine Klassenstufe ausgeweitet. Damit hat ab August 2029 jedes Grundschulkind der Klassenstufen eins bis vier einen Anspruch auf ganztägige Betreuung.

Aufgrund der Wichtigkeit des Themas hält die UWE-Fraktion am Anfang des Meinungsbildungsprozesses eine Fachausschusssitzung mit dem Schwerpunktthema „OGS / Musikschule“ für sinnvoll. Politik und interessierte Öffentlichkeit wird der aktuelle Sachstand erläutert (Transparenz) und die thematische Vielfalt rund um OGS und Musikschule angesprochen. Zu überlegen ist, ob ein Kompetenzteam den Prozess begleiten kann. In diesem Zusammenhang ist aufzuzeigen, dass es noch keine Patentlösung für die Maßnahmen gibt. Wir sind überzeugt, dass sich interessierte Akteure für eine Mitarbeit im Meinungsbildungsprozess motivieren lassen.

Freundliche Grüße

Manfred Stoller  
- Fraktionsvorsitzender -

Michael Wehrmann